

Der Bote vom Geising

Erscheint wöchentlich dreimal:
Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mittags.
Wöchentliche Beilage: „Neue Illustrierte“.
Monatsbeilage:
„Rund um den Geisingberg“.

und
Müglitztal-Zeitung

Bezugspreis für den Monat
1,25 RM. mit Zuträgen.
Anzeigen: Die 4 gespaltene 65 mm breite Korpus-
zeile oder deren Raum 20 Pf., die 86 mm breite
Reklame- u. Eingelandszeile od. der. Raum 40 Pf.

Bezirksanzeiger für Altenberg, Geising, Lauenstein, Bärenstein und Umgegend.

In diesem Blatte erscheinen die amtlichen Bekanntmachungen der Amtsgerichte Altenberg und Lauenstein, sowie der Stadtbehörden Altenberg, Geising, Lauenstein und Bärenstein.
Druck und Verlag: F. A. Kunzsch, Altenberg. — Für die Schriftleitung verantwortlich: Flora Kunzsch, Altenberg. — Fernspr.: Lauenstein 427. — Postfach Dresden 11811. — Gemeindegroßkonto Altenberg 11

Nr. 49.

Sonnabend, den 27. April 1929.

64. Jahrg.

Die verzweifelte Kassenlage des Reiches.

Nachdem die dritte Aprilwoche die sensationelle Krise in den Pariser Reparationsverhandlungen der internationalen Sachverständigen gebracht hatte, beschränkte uns die vierte Aprilwoche eine neue Sensation:

eine gefährliche Zuspitzung der Kassenlage im Reich.

Eigentlich ist die Zuspitzung bereits einige Wochen alt; aber sie ist erst in der vierten Aprilwoche im Reichstabinett klar herausgearbeitet und bald darauf auch den Parteiführern dargelegt worden. Man muß bei der Beurteilung dieser Frage zwischen denjenigen Umständen unterscheiden, die diese Kassenkrise hervorgerufen, und denjenigen anderen Umständen, die sie verschärft haben. An sich ist es nicht recht vorstellbar, wie bei solider Finanzwirtschaft überhaupt eine solche Knappheit an Barmitteln in der Reichskasse entstehen kann. Für jede Ausgabe ist doch die erforderliche Deckung in Form einer Einnahme vorgesehen. Das Leiden begann folgendermaßen:

In früheren Haushaltsplänen wurde nach der Gepflogenheit der Vorkriegszeit für die Ausgaben des außerordentlichen Etats Deckung in Form von Anleihen vorgesehen. Die Ausgaben wurden geleistet, und zwar aus Einnahmen des ordentlichen Etats. Sobald es nötig wäre, sollte dann die von den Gesetzgebenden Stellen genehmigte Anleihe ausgegeben und der Ertrag der Anleihe verwendet werden, um dem ordentlichen Etat die Vorschüsse zurückzugeben. Diese Anleiheausgabe ist aber im wesentlichen mißlungen. Anfang 1927 versuchte man 500 Millionen Reichsanleihe aufzulegen, der Versuch scheiterte fast völlig und ist seitdem nicht mehr wiederholt worden. Aber der ordentliche Etat entbehrt schmerzlich die Gelder, die er dem außerordentlichen Etat geliehen hat. Es handelt sich hierbei um eine Summe von mehreren hundert Millionen Mark. Obwohl in den letzten Jahren keine Anleihen mehr neu beschlossen worden sind, hat die Kassenlage doch eine plötzliche scharfe Verschlechterung erfahren;

das Reich ist nämlich verpflichtet, der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung Darlehen zu gewähren,

wenn die Prämieneingänge nicht ausreichen, um die erforderlichen Renten zu bezahlen. Auf diese Weise ist das Reich bereits bis Ende April in Höhe von 360 Millionen Mark in Auslage gegangen. Eine Rückerstattung dieses Geldes kommt in den nächsten Monaten nicht in Betracht.

Nun war der April als ein sogenannter „Quartalsmonat“ ein verhältnismäßig günstiger Einnahmemonat; er brachte nämlich die vierteljährlichen Vorauszahlungen für die Einkommen- und Körperschaftssteuer. Wenn trotzdem das Reich, nachdem es alle verfügbaren Quellen erschöpft hat, um sich kurzfristige Kredite zu verschaffen (Eisenbahn, Post, öffentliche Versicherungsanstalten usw.) bei den Privatbanken 170 Millionen Mark leihen muß, und wenn in den nächsten Monaten etwa gar noch weitere Beträge geborgt werden müssen, so kann man nicht anders als der Zukunft mit Sorge entgegensehen. Reichsregierung und Reichstag haben sich nicht dazu aufrufen können, rechtzeitig dafür zu sorgen, daß dem Reich ein ausreichender Betriebsmittelfonds zur Verfügung gestellt werde. Sie haben im Gegenteil den früher bestehenden Betriebsmittelfonds aufgelöst und ihn zur Deckung laufender Ausgaben verwandt. Sie haben in gleicher Weise mit den Münzprägungsgewinnen verfahren, die ihrem Wesen nach (als einmalige, nie wiederkehrende Einnahmen) geradezu prädestiniert dazu waren, in einer Kasse angelammelt zu werden und dem Reich die Überbrückung einnahmenschwacher Monate zu erleichtern. Die Reichsregierung und die Gesetzgebenden Organe dürfen sich jetzt nicht wieder mit halben Maßnahmen begnügen, sondern müssen der Kassennot des Reiches gründlich abhelfen.

170-Millionenkredit der Großbanken.

Die Verhandlungen des Reiches mit den Großbanken sind soeben zum Abschluß gebracht worden. Die Großbanken gewähren dem Reich einen Kredit von 170 Mil-

lionen Mark, der zum Lombardsatz der Reichsbank plus ein Viertel Prozent verzinslich ist. Der Kredit läuft auf drei Monate.

Der Kredit der Banken, der zu verhältnismäßig hohen Bedingungen erlangt worden ist, reicht nur für die augenblicklichen Geldverlegenheiten des Reiches aus. Nun muß man noch berücksichtigen, daß bei einem normalen Ablauf des Reichshaushaltsjahres in der ersten Hälfte des Jahres die Kassenlage ausgeglichen zu sein pflegt. Schwierigkeiten machen sich erst in der zweiten Hälfte des Jahres geltend. Es gibt daher zu großen Besorgnissen Anlaß, daß das Reich schon jetzt am Anfang des Jahres mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Auch der neue Bankkredit und die geplante Erhöhung der Kreditemächtigung können die ständige Ebbe der Reichskasse nicht abdämmen. Es werden daher in Regierungskreisen Maßnahmen erwogen, wie man endgültig die Reichskasse wieder so auffüllen kann, daß die regelmäßig wiederkehrenden Schwierigkeiten an den Monatschlüssen fortfallen. Hierbei wurde insbesondere auch die Verwertung von Eisenbahnvorzugsaktien in Erwägung gezogen. Ob, wie verschiedentlich behauptet wird, auch neue Steuermaßnahmen in Frage kommen, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen.

Erhöhung des Reichsbankdiskonts

In der Zentralauschussitzung der Reichsbank wurde am Donnerstag beschlossen,

den Reichsbankdiskont und den Lombardsatz um je ein volles Prozent, auf 7 1/2 bzw. 8 1/2 v. H. zu erhöhen.

Vom Reichsbankdirektorium wurde mitgeteilt, daß die Abgaben der Reichsbank seit Ende vorigen Jahres an Gold und Devisen den Betrag von 1084 Millionen erreicht haben, darunter allein an Gold 570 Millionen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Währungsdeckung ausreiche und

die Sicherheit der Währung unter allen Umständen gewährleistet sei.

Von der Wirtschaft seien Devisenanforderungen in größerem Maße als notwendig gemacht worden. Man könne von Angst- und Borratskäufen sprechen. Hierin liege zwar eine gewisse Reserve, die Reichsbank sei aber gewillt, wenn innerhalb der Wirtschaft falsche Dispositionen getroffen würden, hiergegen durch wirksame Mittel anzugehen.

Meldungen in der ausländischen Presse, daß die Diskonterhöhung die Folge eines Druckes von Seiten der Reparationskommission und des Reparationsagenten sei, entsprächen in keiner Weise den Tatsachen. Die Reichsbank sei in ihren Entschlüssen durchaus frei. Richtig sei allerdings, daß die derzeitige Lage größtenteils durch die starken Transferierungen des Reparationsagenten hervorgerufen sei. Die Bartransferierungen des Reparationsagenten hätten in der Zeit vom 1. September 1928 bis 1. März 1929 730 Millionen betragen gegen nur 430 Millionen im Vorjahre. Das Reichsbankdirektorium habe gegenüber der Reichsregierung darauf hingewiesen, daß die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik die Lage der Reichsbank unbedingt berücksichtigen muß. Nach dieser Richtung hin sei vom Reichszentraler jede mögliche Rücknahme zugesagt worden.

Hilferding über die Reichsfinanzen

Die dauernde Verschlechterung.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag mit der von den Regierungsparteien beantragten Erhöhung der Anleihemächtigung.

Abgeordneter Graf Westarp (Dn.) bedauerte, daß man erst gestern erfahren habe, daß es sich lediglich um einen Auslegungstreit zwischen der Reichsschuldenverwaltung und dem Reichsfinanzministerium handele, und ersuchte den Minister um genaue Klarlegung der Finanz- und Kassenlage.

Reichsfinanzminister Dr. Hilferding

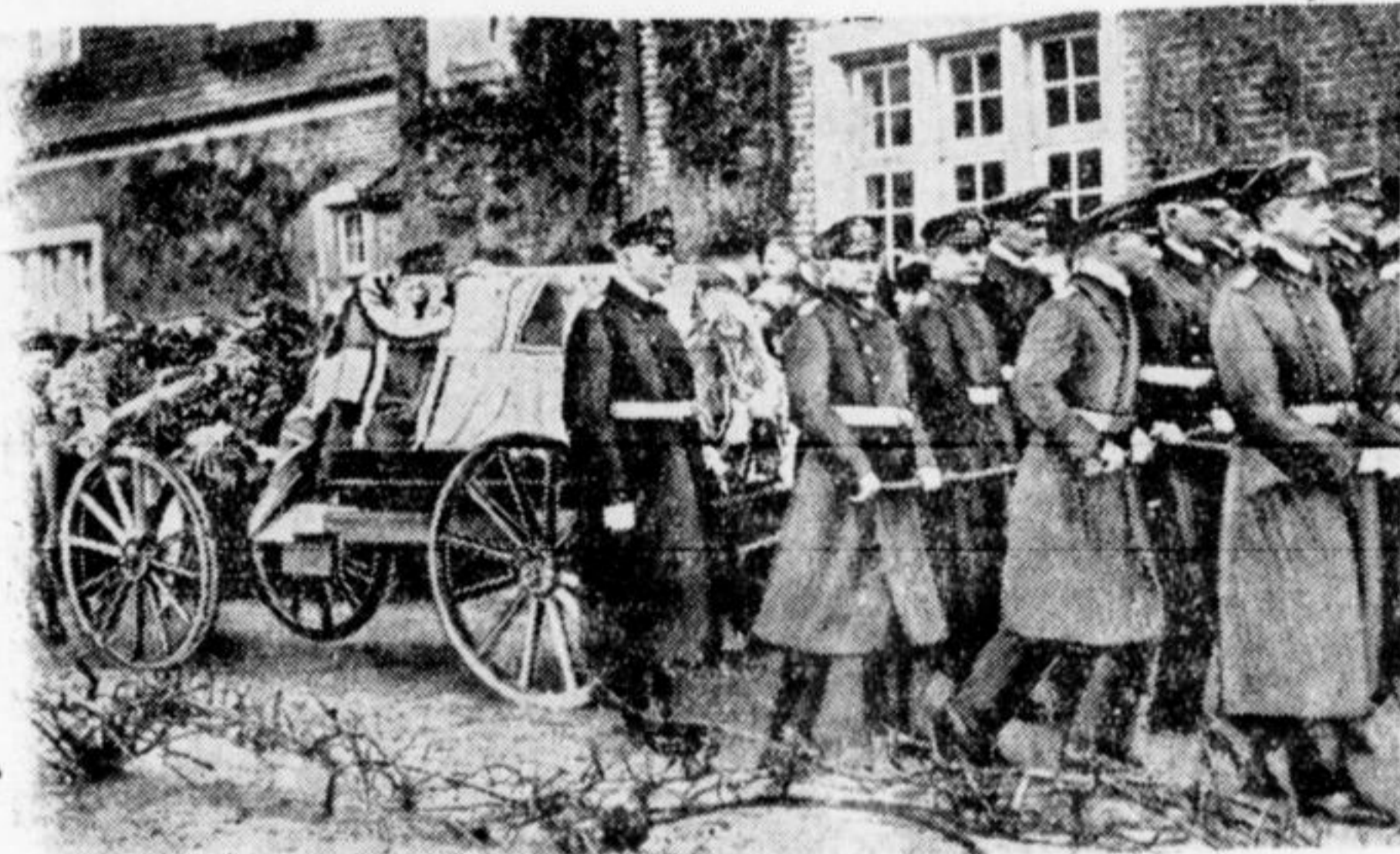
erwiderte, die Kassenlage sei durch den plötzlich auftretenden Bedarf der Arbeitslosenversicherung verschlechtert worden. Der voraussichtliche Fehlbetrag des Jahres 1928 habe 80 bis 100 Millionen betragen. Dazu seien dann die Posten der Arbeitslosenfürsorge gekommen, die bis Ende März 260 Millionen betragen hätten.

Insgesamt habe der Kassenbedarf Ende März 1635 Millionen betragen.

Hiervon seien 400 Millionen auf Schatzwechsel genommen worden, 100 Millionen seien Kontokorrent bei der Reichsbank, die übrigen Summen seien von Post, Reichsbahn, Preußentasse und Seehandlung zur Verfügung gestellt worden. Ein Restbetrag von 150 Millionen sei durch einen Kontokorrentkredit der Banken gedeckt.

Im April habe sich die Kassenlage weiter verschlechtert.

Die Arbeitslosenversicherung habe neue 65 Millionen er-



Des Prinzen Heinrich letzte Fahrt

Auf dem Gute Hemmelmar bei Ederförde in der Provinz Schleswig-Holstein fand die feierliche Beisetzung des vor einigen Tagen verstorbenen Prinzen Friedrich von Preußen statt, zu der sich etwa 4000 Trauergäste eingefunden hatten, darunter die in Deutschland lebende

königliche Familie, der Sohn des Reichspräsidenten, Admiral Raeder, General Haase und Vertreter einer ganzen Reihe von Organisationen. Der Sarg des Prinzen wurde auf einer Lafette aufgebahrt, die, wie unser Bild zeigt, von 32 Marineoffizieren zum Mausoleum gezogen wurde. Die gesamte Flotte hatte Halbmaße geslaggt, weil der Verstorbene Großadmiral der Marine war.